

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1869

10.11.1869 (No. 264)

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 10. November.

N. 264.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr.
Einkaufspreise: die gepaltene Zeitungs- oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelber frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, wofelbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1869.

Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben mit höchster Entschliessung vom 5. d. Mts. gnädigst geruht, den außerordentlichen Professor Dr. Häbler in Berlin zum ordentlichen Professor des Kirchenrechts, Völkerrechts und der juristischen Encyclopädie an der Universität Freiburg zu ernennen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramme.

† Großgerau, 9. Nov. Fortwährende Erberschütterungen. Die Bewohner sind in großer Angst. Heute Nacht 15 Stöße.

† Berlin, 9. Nov. Abgeordnetenhause. Die Bonin'sche Interpellation, betreffend das Widerspruchsrecht der Regierung gegen den Verkauf der braunschweigischen Eisenbahnen, wird der Handelsminister am 16. Nov. beantworten.

† Remberg, 8. Nov. Der Landtag setzte die Wahlen zum Reichstag fort. Gewählt wurden meist Resolutionisten.

† Florenz, 8. Nov. Nachm. Die Krisis wird als überstanden, die Gefahr als beseitigt angesehen. Doch dürfte die gänzliche Wiederherstellung des Königs lange dauern, weshalb die Minister ihren Aufenthalt in San Rossore nehmen.

† San Rossore, 8. Nov. Abends. Das eben erschienene Bulletin bestätigt die früheren Meldungen über die andauernde Besserung im Zustande des Königs.

† Florenz, 9. Nov. Die Nachrichten aus San Rossore von gestern Abend 7 Uhr besagen, daß das Befinden des Königs sich merklich gebessert hat. Die Ärzte sagen, derselbe sei völlig außerhalb Gefahr.

Deutschland.

Karlsruhe, 9. Nov. Das heute erschienene Gesetzes- und Verordnungsblatt Nr. 29 enthält eine Verordnung des Großh. Handelsministeriums, die Abichung der Rheinschiffe betreffend.

Stuttgart, 7. Nov. (Fr. Z.) Um jeder weiteren Zögerung in den Kommissionsarbeiten der Zweiten Kammer entgegenzuarbeiten, soll die Regierung eine Note an das Präsidium des ständischen Ausschusses gerichtet haben, worin der bestimmte Wille der Regierung ausgesprochen sein soll, den Zusammentritt des Landtags keinesfalls über die zweite Januarwoche hinaus zu verschieben. Der Landtag sollte nämlich nach der Ansicht der Regierung schon für diesen Herbst zusammenberufen werden und nur der Stand der noch allzuwenig geförderten Kommissionsarbeiten hat dieses bis jetzt unmöglich gemacht. Die Regierung ist mit dem Hauptfinanzetat für 1870 bis 1873 so weit vorgeschritten, um ihn beim Zusammentritt des Landtags vorlegen zu können.

München, 6. Nov. (Fr. Z.) Der Erzbischof von München-Freising übersandte dem König eine Abschrift jenes Hirtenbriefes, welcher von den deutschen Bischöfen in Fulda beschlossen wurde. Der König dankte für die Uebersendung des Atteststückes in einem Handschreiben, aus dessen Inhalt hervorgeht, daß auch er sich zu den Anschauungen bekennt, welche Fürst Hohenlohe in den bekannten auf das Konzil bezüglichen Depeschen ausgesprochen hat.

München, 7. Nov. (Münch. Corr.) Der bayerische Bevollmächtigte im Bundesrath des Zollvereins, Staatsrath v. Weber, begibt sich morgen zu den Sitzungen der Zollbundesraths-Ausschüsse nach Berlin. — 272 vormalige Einjährig-Freiwillige sind zu Landwehroffiziers-Aspiranten ernannt worden.

München, 7. Nov. (Schw. M.) Die Wahlbewegung ist hier in München die lebhafteste. Täglich fordern die verschiedenen Parteien in riesengroßen Straßenplakaten ihre Gesinnungsgenossen zu Besprechungen auf, und es sind auch alle Versammlungen zahlreich besucht. Jene Partei, welche seit ein paar Wochen, von der Mittelpartei sich loslösend, zwischen dieser und der ultramontanen eine Zwischenstellung einnehmen wollte, ist indeß schlafen gegangen, und ihre Mitglieder werden wohl der Mehrzahl nach der letzteren sich anschließen. Diese arbeitet überhaupt mit allen Kräften, und es wird, wie schon früher erwähnt, diesmal mehr Mühe kosten, für die bayerische Hauptstadt liberale Wahlen zu Stande zu bringen, als vor einem halben Jahr. Der sehnliche Wunsch jedes Wohlmeinenden geht deshalb dahin, daß wenigstens im entscheidenden Augenblick den jetzt noch, nach Fortschritts- und Mittelpartei, getrennt operirenden Liberalen die Einigkeit nicht fehlen möge. — Daß der Minister des Innern eine Aenderung der Wahlbezirks-Eintheilung vorgenommen hat, darüber rufen selbstverständlich die klerikalen Blätter ihr Anathem. Leider bläst diesmal ein so geachtetes und objektives Organ, wie der „Münch. Korrespondent“, in dasselbe Horn und verurtheilt die Maßregel vom Gesichtspunkt der Opportunität. Aber wohlgemerkt! nur von diesem, vom Standpunkt

der Zweckmäßigkeit und allenfalls von dem der Noblesse, gegen ihre Gesetzmäßigkeit kann auch er nichts einwenden. In der jetzigen Lage des Landes jedoch, wo von Organen der sogenannten patriotischen Partei ganz ungescheut Aufruhr und Umsturz den blindgläubigen Landleuten gepredigt wird, wäre es Pflichtvergeßlichkeit von Seite der Regierung, wenn sie nicht von allen Mitteln energischen Gebrauch machen wollte, welche der bedrohte Stand des Staats erheischt und welche Verfassung und Gesetz in ihre Hand legen. — Der Artilleriekorporal Kinser, welcher vor einigen Monaten seine Regimentskasse um fast 10,000 fl. befehlt, in Straßburg aber aufgegriffen wurde, ist gestern vom Kriegsgerichte zu achtjähriger Schanzarbeit verurtheilt worden.

Darmstadt, 7. Nov. (Fr. Z.) Nunmehr ist auch die Pensionierung des Obersten Laue, Kommandeurs des 3. Infanterieregimentes, und des Oberstleutnants in der Feldartillerie Scholl erfolgt. Ersterer hat gleichzeitig den Charakter „Generalmajor“ erhalten.

Wiesbaden, 7. Nov. (Fr. Z.) Die Regierung ist auf den Vorschlag, für Wiesbaden eine Kurtaxe zu erheben, eingegangen und hat in dieser für unsere Stadt äußerst wichtigen Angelegenheit fast durchweg die Anträge des Gemeinderaths genehmigt. Die Erhebung der Taxe beginnt wahrscheinlich schon vom nächsten Jahre an, damit ein Kurfonds gebildet ist, wenn das Spiel eingeht.

Kassel, 8. Nov. Hat schon die plötzliche Pensionierung des Pfarrers Hoffmann in Felsberg Sensation gemacht, so ist das in einem noch weit höhern Grad der Fall bei der Nachricht, daß der bekannte Pfarrer Wilmar in Messungen wegen seines oppositionellen Verhaltens in der Synodalfrage vom Amte suspendirt und sein Sohn, der außerordentliche Pfarrer W. Wilmar, sämtlicher Funktionen entbunden und Weiden jegliche Ausübung im Amt bei andern Geistlichen untersagt worden ist. Wir wollen übrigens nicht verschweigen, daß Viele mit der Energie der Regierung sehr zufrieden sind.

Dresden, 8. Nov. Die Abgeordnetenkammer nahm in der Schlussberatung mit 54 gegen 16 Stimmen den Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung des Patronatsrechts, an, verwarf alle dazu gestellten Amendements, sowie den Antrag auf Erweiterung der Synodalwahlen.

Hannover, 7. Nov. (Fr. Z.) Auf Antrag des Geh. Regierungsraths Bruel beschloß die Landessynode, einen aus fünf weltlichen und fünf geistlichen Mitgliedern bestehenden Ausschuss niederzusetzen, der sich mit der Frage zu beschäftigen habe, wie man am besten die Selbstständigkeit der evangelisch-lutherischen Kirche Hannovers zu wahren und zu sichern im Stande sein werde.

Berlin, 7. Nov. Gestern Abend hat die Kommission des Herrenhauses den Antrag des Grafen Lippe (Resolution gegen die Eingriffe des Norddeutschen Bundes in die Rechte der preussischen Landesvertretung) mit der Majorität von einer Stimme angenommen, nachdem zwei motivirte Tagesordnungen abgelehnt waren. Die nächste Sitzung des Herrenhauses wird wahrscheinlich am 15. Nov. stattfinden.

Von den Abgg. von Bonin (Genthin), v. Benda, v. Dieß, v. Karboff und v. Hoyerbeck, unterstützt von allen Seiten des Hauses, wird folgende Interpellation eingebracht: Wird die königl. Staatsregierung von ihrem Widerspruchsrecht gegen den Verkauf der braunschweigischen Eisenbahnen Gebrauch machen oder nicht?

* Berlin, 8. Nov. Die Kommission des Landtags für Handel und Gewerbe genehmigte die Regierungsvorlage, betreffend die Aufhebung der in Frankfurt bestehenden Feuerversicherungs-Anstalt mit unwesentlichen redaktionellen Aenderungen in der Vorabstimmung.

Berlin, 8. Nov. Se. Maj. der König ist gestern Abend um 10 Uhr aus Ples in Schlesien hier wieder eingetroffen. Heute Vormittag ertheilte Höchstselbe dem Botschafter Grafen v. Bernstorff eine Audienz. Graf Bernstorff, welcher vor einigen Tagen von seinem Landgut Stintenburg in Berlin angekommen ist, wird alsbald auf seinen Posten nach London zurückkehren.

Mehrere Blätter verbreiten das Gerücht: an Stelle des nunmehrigen Finanzministers Camphausen solle der Oberpräsident der Provinz Preußen, Geh. Rath v. Horn, zum Präsidenten der Seehandlung ernannt werden. Dies Gerücht ist unbegründet. Sehr bestimmten Versicherungen nach steht die Frage wegen Wiederbesetzung des erledigten Präsidiums der Seehandlung überhaupt noch nicht in Berathung. Mit hin kann auch von Kandidaturen für diesen Posten noch keine Rede sein. Wenn dieselben aber aufgestellt werden, dürfte sich eine solche des Hrn. v. Horn nicht unter ihnen befinden.

Die in einem Theil der Presse umlaufende Nachricht, das Ministerium des Innern sei mit der Ansbearbeitung eines neuen Preßgesetzes beschäftigt, erweist sich in dieser Form als unrichtig. Wie verlautet, hat die Staatsregierung eine umfassende Revision der bestehenden Preßgesetzgebung in Aussicht genommen. Dabei handelt es um mehrfache Erleichterungen für die Presse und die Preßgewerbe. Nament-

lich werden solche Erleichterungen auch in Betreff des Kautionswesens beabsichtigt. Die Vorberathungen für dies Revisionswerk sind schon im Gange.

Der im hiesigen statistischen Bureau bestehende Vorbereitungskursus für angehende Staatsbeamte soll eine neue Einrichtung erhalten. Ueber die projektirte Aenderung wird zunächst die Zentralkommission für Statistik ihr Gutachten abzugeben haben.

Breslau, 7. Nov. Se. Maj. der König traf um 3 1/4 Uhr von Schloß Ples hier ein und wurde im Bahnhofgebäude von einer zahlreich versammelten Menge enthusiastisch empfangen. Nach dem Diner empfing der König den Fürstbischof von Breslau, Dr. Förster, in Audienz. Um 5 Uhr erfolgte die Weiterreise nach Berlin.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 7. Nov. Ich halte mich zu der Erklärung ermächtigt, daß die Melbung, so sicher sie auch auftritt, der „N. Fr. Presse“ von dem Abschluß einer Konvention, in welcher sich Oesterreich und die Türkei im Hinblick auf die südslavische Bewegung gegenseitig ihren Besitzstand verbürgen, aller Begründung entbehrt.

Budua, 7. Nov. Die Kolonne unter Oberst Fischer hat gestern nach mehrstündigem Kampfe Bobori eingenommen, während die vom Oberst Schönfeld befehligte Abtheilung über Maina in derselben Richtung widerstandslos vorrückte. Die Insurgenten unterwarfen sich oder wurden zerstreut. Bei diesen Operationen wurden Bobori und Maina, welche sich bei der verrätherischen Ueberrumpelung des Forts Stanjevič betheiligt hatten, zum Theile niedergebrannt. Der bewaffnete Widerstand im Gebirge zwischen Cattaro und Budua ist somit gebrochen. Heute erfolgte die Verproviantirung und Verstärkung des Forts Kosmac. Die Truppen sind vom besten Geiste besetzt.

Schweiz.

Bern, 6. Nov. Der erste Wahlgang für die Nationalrathswahlen ist vorüber: weitans die meisten Wahlen sind zu Stande gekommen, und schon jetzt läßt sich sagen, daß der neue Nationalrath keine wesentlich andere Physiognomie zeigen wird, als der bisherige. Den Ultramontanen ist eine neuemwerthe Verstärkung einzig im Kanton Luzern zu Theil geworden, wo theilweise wegen Spaltung unter den Liberalen, ein Wahlkreis, welcher bisher freisinnig gewählt hatte, nur den Segnern das Mehr gegeben hat.

Bern, 9. Nov. (Sch. M.) Der flüchtige Kaffiser Schär der eidgenössischen Bank ist gestern beim Betreten des österr. Gebiets von österreichischen Grenzwachtern in Comorns bei Götz (Gouvernement Triest) verhaftet worden. Er besaß noch 38,000 Franken.

Schaffhausen, 8. Nov. Gestern hat der große Stadtrath in der Subventionsfrage der Eisenbahn Kreuzlingen-Schaffhausen den Beschluß gefaßt, es sei die Subventionsfrage an den kleinen Stadtrath in dem Sinne zurückzuweisen, daß dieser sich mit dem Zentralkomitee ins Vernehmen setze, behufs Festsetzung eines billigeren Subventionsansatzes für die Stadt Schaffhausen. Damit hat sich der große Stadtrath prinzipiell für eine Subvention ausgesprochen, entgegen dem Antrage des kleinen Stadtraths, der lautete: „Es wolle auf eine Subvention für die projektirte Bahnlinie Kreuzlingen-Schaffhausen städtischerseits zur Zeit nicht eingetreten werden, bis namentlich andere, unseren Interessen näher stehende Projekte mehr aufgeklärt sind.“

Italien.

Florenz, 4. Nov. (Köln. Z.) Der Prozeß Lobbia rückt nur langsam von der Stelle, da die Zeugenausagen einander sehr widersprechen. Ein Theil derselben ist gravirend für Lobbia und seine Mitangeklagten; andere Zeugen dagegen legen der Untersuchung zur Last, daß man ihnen gefälschte Ausagen habe entlocken wollen. — Die Regierung ist sehr aufgebracht über einen großen Streich, den die Briganten in den Abruzzen, im Bezirk von Aquila, vor einigen Tagen geführt. Dieselben haben zwei Zivilingenieure und einen Eisenbahnbau-Unternehmer in die Berge geschleppt. Es ist der Befehl ertheilt worden, die Gefangenen auf alle Weise zu befreien, sei es durch militärische Kräfte, sei es durch Zahlung des geforderten Lösegeldes (150,000 Lire). Wie man sieht, ist das Brigantenwesen trotz aller Anstrengung Pallavicini's noch bei weitem nicht ausgerottet, wenn die Regierung sich eventuell herbeilassen will, mit den Räubern zu unterhandeln! — Die angesehensten Blätter haben sich neuerdings abermals gegen die Kandidatur des Herzogs von Genua für den spanischen Thron ausgesprochen; dagegen ist zu bemerken, daß die offiziöse italienische Korrespondenz, das Organ Menabrea's, heute einen Artikel veröffentlicht, welcher dieser Kandidatur günstig ist.

* Florenz, 5. Nov. Der „Opinione“ gehen aus Pisa, 4. d. M., Nachrichten über die Krankheit des Königs Victor Emanuel zu.

Der König — heißt es darin — ist seit 4 Tagen in San Rossore krank. Letzten Freitag jagte er bei ganz entsehtlich schlechtem Wetter

und wurde vom Regen durchnäßt; Samstag Abend reiste er nach Florenz, ohne leidend zu scheinen. Am nächsten Abend, als er nach San Rossore zurückgekehrt war, begann er, sich unbehaglich zu fühlen. Der Dr. Adami, welcher glaubte, die Symptome einer Brustfellentzündung zu finden, welche, wenn auch nicht bedenklich, doch sofortige Pflege erheischte, ließ von Pisa die Professoren Fedele und Lorbi und Johann von Florenz den Professor Cipriani rufen. Als letzterer in San Rossore eintraf, hatte man dem König bereits zweimal zur Ader gelassen; es wurde dann noch ein dritter Aderlaß verordnet. Bald trat eine leichte Besserung ein. Die Krankheit nimmt jetzt ihren regelmäßigen Verlauf und man hofft auf eine schnelle Besserung.

* **Florenz, 8. Nov.** Man meldet von San Rossore vom 8. Nov. 8 Uhr Morgens: „Die Besserung, welche sich gestern im Zustande des Königs eingestellt hatte, dauert heute fort. Diese Nacht hat kein starker Fieberanfall stattgefunden. Alle andern Symptome der Krankheit haben einen weniger bedenklichen Charakter angenommen. Der hirschartige Ausschlag ist reichlich und nimmt seinen regelmäßigen Verlauf.“

* **Florenz, 8. Nov.** Die Minister Minghetti, Morzini, Bigliani und Bertole-Viale sind heute Morgen nach San Rossore abgegangen.

Aus allen Theilen des Königreichs gehen Telegramme ein, die von den Behörden, den Körperschaften und andern Vertretern des Landes ausgehen und Zeugniß von dem lebhaften und tiefen Interesse ablegen, welches die Bevölkerung allenthalben an der Gesundheit des Staatsoberhauptes nimmt.

* **Pisa, 8. Nov.** Der Prinz Napoleon und die Prinzessin Clotilde sind diesen Morgen hier angekommen; sie sind sofort nach dem Schlosse San-Rossore weitergereist.

Frankreich.

Paris, 7. Nov. (Köln. Btg.) Die Wahlneugierde des heutigen Tages ist, daß Ledru-Rollin die Kandidatur im vierten Wahlbezirk annimmt. Parent und seine beiden Freunde, die zu demselben gesandt worden waren, haben dessen Zusage aus London mitgebracht. Diese Kandidatur wird nicht verfehlen, der Regierung große Unannehmlichkeiten zu bereiten, zumal es fast gewiß ist, daß derselbe eine große Majorität für sich haben wird. — Rochefort erschien gestern Abend vor seinen Wählern in der Versammlung der Rue Doubeaueville (La Chapelle). Ungefähr 1500 Personen waren theilweise auf der Straße, theilweise im Saale. Als Rochefort gegen 1/2 9 Uhr erschien, brach Alles in ganze formidabile „Vive Rochefort!“ aus. Rochefort drängte sich mit Mühe durch die Menge und bestieg, nachdem er mit dem Präsidenten einige Worte gewechselt und seinen Ueberrock abgelegt, die Rednertribüne. Er sah sehr bleich und erregt aus. Er spricht gewöhnlich mit starker Stimme, aber gestern konnte man ihn kaum verstehen. Seine Rede selbst war ohne Bedeutung, und wenn man auch der Erregung Rechnung tragen muß, in der er sich befand, so bewies er doch wieder, daß er der Aufgabe, mit der man ihn belastet, nicht gewachsen ist. Er drückte sich ungefähr folgendermaßen aus:

Bürger! Die Rührung, welche mich ergreifen, wird Euch vielleicht eine schlechte Idee von meiner Energie geben. Aber wenn man bei der Rückkehr in die Heimath solche Beweise von Sympathie findet, so ist die Rührung sehr berechtigt. Bürger! Ihr kennt mich noch nicht, und doch bezeugt Ihr schon Vertrauen in mein Wort; ich danke Euch. In Brüssel wie in Paris habe ich Schritt für Schritt, Tag für Tag die Bewegung der großen Revolution verfolgt, die sich vorbereitet und die wir zusammen vollbringen. Seit langer Zeit bin ich mit Euch, und wenn ich den Eid geleistet, so habe ich dies gethan, weil ich entschlossen bin, mich über Alles hinwegzusetzen, um der Sache des Volkes zu dienen. Die Frage in Betreff des Eides ist eine ernste. Ich weiß, was ich gethan, als ich ihn leistete. Ich weiß, daß die Männer, die ihn geleistet, am Tage nach der Revolution mit dem Interdikt belegt werden. Aber ich nehme diese Lage an und habe mich im Voraus dazu entschlossen. Möge die Revolution aus uns machen, was ihr beliebt, ich bin glücklich, mich ihr ganz zu weihen. Der Eid ist übrigens weniger bedeutend für den Kandidaten, der sich dazu entschließt, als für die Regierung, welche, indem sie ihn fordert, auf naive Weise ihren Schrecken bezeugt, gewisse Männer in der Kammer zu sehen. (Hier ertheilt der Kommissär zwei Verwarnungen, da die Besprechung der Frage in Betreff des Eides und die Voraussetzung, daß die Republik kommen werde, nicht unter der Regierung des Kaisers geduldet werden könne.) Niemals hat eine starke Regierung auf eine plattere Weise ihre Schwäche kund gegeben. Was mich betrifft, Bürger, so biete ich mich ohne Rückhalt an; unser Zweck ist der nämliche. Ich habe den meinigen nie verborgen, und ich sehe, daß der meinige auch der Eure ist. (Von allen Seiten: Ja, ja!)

Nach dieser Rede sprach Rochefort noch zweimal, ohne jedoch besondere Dinge vorzubringen. Zu bemerken ist nur, daß er erklärte, daß, wenn er zum Deputirten erwählt werde, er auf die Aufforderung seiner Wähler sofort sein Mandat niederlegen werde. Die Sitzung wurde um 11 Uhr unter dem Rufe: „Vive Rochefort!“ geschlossen. Auf der Straße hatte sich eine ziemlich starke Volksmenge angeammelt; dieselbe begrüßte Rochefort ebenfalls mit lauten Rufen und gab ihm das Geleite bis an die Chaussee Clignancourt, wo er in einen Wagen stieg. Die Ruhe selbst wurde nirgends gestört. Die 50 bis 60 Polizeigagenten, welche unter dem Befehl eines Officier de paix standen, begnügten sich damit, die Menge zum Zurücktreten aufzufordern, betrogen sich aber äußerst höflich und ließen kein herausforderndes Wort fallen.

In zwei anderen Wahlversammlungen, wovon die eine im dritten, die andere im vierten Wahlbezirk gestern Abend noch stattfanden, ging es ziemlich stürmisch zu. In der ersten erhielt Pascal Duprat, der frühere Volksvertreter, nachdem der Advokat Laferrière (Mitarbeiter am „Kappel“) angekündigt, daß er seiner Kandidatur zu Gunsten Grémieux entsage, das Wort. Derselbe drückte sich in so äußerst scharfen Worten gegen die Regierung aus, daß der Polizeikommissär schon um 9 Uhr die Sitzung für aufgelöst erklärte. Die Versammlung entschied aber, daß sie diesem Gebote keine Rechnung tragen und fortsetzen werde. Die Versammlung im vierten Wahlbezirk folgte dem Gebote des Polizeikommissärs, auseinander zu gehen. Es kam dort zu keinem wei-

teren Standal, obgleich viele Protestationen laut wurden. Die Wähler scheinen übrigens das Lösungswort zu haben, jeden Konflikt mit der Polizei zu vermeiden.

* **Paris, 8. Nov.** Heute fand im Ballast von Compiègne unter Vorsitz des Kaisers eine Sitzung des Ministerraths statt. — Wie die „France“ meldet, ist Hr. Pouyer-Querrier in Paris und wird heute Abend einer privaten Versammlung von Wählern des dritten Wahlbezirks beiwohnen, welche ihm die Kandidatur angetragen haben. — Der „France“ zufolge wären die Gerüchte, daß die Anwesenheit des Hrn. Emil Ollivier in Paris mit einer Modifikation des Ministeriums in Verbindung stand, nicht vollständig unbegründet gewesen. Hr. Ollivier hätte in der That seine Abreise nach Paris früher, als anfangs von ihm beabsichtigt wurde, angetreten. Mehrere Tage wären Unterredungen gepflogen worden, um ihn zu bestimmen, das Portefeuille für Justiz und Kultus annehmen zu wollen. Hr. Ollivier wollte aber nur als Chef eines von ihm gebildeten Cabinets in eine Kombination eintreten. — Rente 71.35, Cred. mob. 195, ital. Anl. 52.97.

Spanien.

* **Madrid, 5. Nov.** Man schreibt der „Corresp. Havas“: Hr. Lopez ist nun doch aus dem Kabinete ausgeschieden und das unionistische Element hiermit gänzlich aus demselben ausgemerzt. Der Marschall Prim soll, wie man erzählt, das Interim des Ministeriums übernehmen. Es wird versichert, daß trotz dieses Rücktritts die Einigkeit unter den drei herrschenden Parteien nicht ernstlich gefährdet ist. So haben die Unionisten erklärt, daß sie keine Opposition machen würden, aber ich weiß aus guter Quelle, daß diese Erklärung an die Bedingung geknüpft ist, daß progressivischer Seite die Kandidatur des Herzogs von Genoa aufgegeben werde. Diese Kandidatur verliert übrigens Angesichts der Haltung der Unionisten offenbar an Ausichten, die sich noch durch die Forderungen vermindern, welche dem Könige Viktor Emmanuel zugesprochen werden, der eine Majorität von zwei Dritttheilen der Cortes für seinen Neffen und eine Majorität des Cortesbeschlusses durch ein Plebiszites überdies noch die Ratifikation des Cortesbeschlusses durch ein Plebiszites verlangen soll. Der Austritt des Hrn. Lopez ist durch die Entlassung der Hrn. Silvela und Arbanaz veranlaßt worden, denn nach ihrem Abgang würde er sich in Ansehung der gegen den Herzog von Montpensier eingegangenen Verbindlichkeiten für blamirt angesehen haben, wenn er länger im Ministerium geblieben wäre. Die einzige mögliche Lösung der Thronkandidatur-Frage würde nun die sein, daß die Unionisten auf den Herzog von Montpensier verzichten, der übrigens nicht einmal das Fünftel sämtlicher Stimmen erhalten würde, und daß die Progressiven andererseits sich für einen Kandidaten entscheiden, der weder der Herzog von Montpensier, noch der Herzog von Genoa wäre. Wenn die Progressiven sich hierzu entschließen, so versichert man mir, daß die Unionisten ihre Stimmen dem Könige Don Fernando von Portugal zuwenden würden, und es scheint, daß trotz Allem, was vorgefallen ist, dieser Fürst sich zur Annahme der spanischen Krone geneigt zeigen soll. Es sind Briefe vom Herzog von Salanba eingetroffen, die sich in diesem Sinne aussprechen. Die Cortes würden übrigens ihre Vorschlagsmaßregeln treffen und erst dann zum Votum vorschreiten, wenn der König Don Fernando in einem Briefe an den Herzog von Salanba die Annahme der Krone ausdrücklich zugesagt hätte. Ich bürgte nicht für den Erfolg dieser Kombinationen, allein Sie können versichert sein, daß dieselbe nächstens auszufragen wird.

* **Madrid, 8. Nov.** Die „Epoca“ kommt auf die von Hrn. Martos in der Versammlung der Majorität gehaltenen Rede zurück und bemerkt, die portugiesische Empfindlichkeit werde wohl durch die Antwort des Hrn. Salazar Mazareddo beschwichtigt sein, welcher in derselben Sitzung erklärte, daß die Union Spaniens und Portugals nie durch Gewalt verwickelt werden kann oder darf, sondern nur durch Frieden und Eintracht. Dieser Antwort wurde sogar von den Freunden des Hrn. Martos warmer Beifall gezollt.

Dänemark.

Kopenhagen, 7. Nov. Die Zeitung „Dagens Nyheder“ meldet aus zuverlässiger Quelle, daß die dänische Regierung, aufgefordert durch den amerikanischen Minister Fish, die Ratifikation des Verkaufsvertrags der westindischen Inseln unterm 14. Okt. auf sechs Monate vertagt hat.

Griechenland.

Athen, 30. Okt. (Münch. Kor.) Die Kammer hat vor zwei Tagen nach langen heftigen Debatten die wiederholten Wahlen von Korinth für gültig erklärt. Durch diesen Beschluß gewinnt die Opposition vier Stimmen gegen eine des Ministeriums. In einer andern Sitzung wurde der Austritt des Abg. Kechagias, der sein Mandat niedergelegt hatte, weil die Kammer die Wahlen seiner Provinz, die er selbst für ungültig hielt, sanktionirt hatte, nicht genehmigt. Kechagias trat am folgenden Tage wieder in die Kammer ein. Er ist eines der Haupter der Opposition und war Mitglied des Ministeriums Karamuros von 1867. — Ein Angriff zu Wasser und zu Lande einer herlichstigen Räuberbande auf ein Landhaus in Eubda, in welchem ein Arzt mit seiner Familie wohnte, wurde zum Glück noch rechtzeitig verrathen und vereitelt. Einige Mitschuldige unter dem Landvolk wurden eingekerkert und Waffen, welche die Räuber nach Chalkis zur Ausbesserung geschickt hatten, konfisziert.

Ägypten.

* **Kairo, 8. Nov.** Die Kaiserin Eugenie wird den 12. Nov. hier erwartet. Der Herzog und die Herzogin von Aosta sind gestern nach Florenz abgereist. — Die zweite Versammlung der Gerichtskommission hat am Samstag den 6. Nov. stattgefunden.

Asien.

Jerusalem, 7. Nov. Der Kronprinz von Preußen besichtigte gestern die Stadt, die Umgebung und sämtliche heilige Orte. Heute wohnte der Kronprinz dem protestantischen Gottesdienste bei und besichtigte die deutschen Wohlthätigkeits-Anstalten, nahm alsdann Besitz von dem Johanner-Terrain, welches der Sultan an den König von Preußen abgetreten hat.

Amerika.

* **St. Nazaire, 8. Nov.** Die Nachrichten aus Mexiko melden, daß der Zustand der Geschäfte in diesem Lande beklagenswerth ist. Die auswärtigen Kaufleute beabsichtigen an die Regierung Juarez' zu petitioniren und sie aufzufordern, die diplomatischen Beziehungen mit Europa wieder anzuknüpfen, sonst würden sie von einem vollständigen Ruin bedroht sein. Der politische Zustand Cuba's ist immer derselbe; täglich kommen Verstärkungen spanischer Truppen an.

Vermischte Nachrichten.

— **München, 7. Nov. (Bayr. Bl.)** Hier eingetroffenen Privatnachrichten zufolge hat sich das Befinden des Kardinals Grafen v. Reischach neuerdings wesentlich verschlimmert und die Aerzte hegen ernste Besorgnisse.

— **Darmstadt, 8. Nov. (Fr. Z.)** Gestern Abend begann hier bei übervollem Hause die Feier des 50jährigen Jubelums des hiesigen Hoftheaters. Einem längeren Festspiele mit vorübergehenden Tableaus von G. Pasqué reichte die Aufführung der Oper „Ferdinand Cortez“ mit neuen Ballets und Dekorationen an, worüber wir weiter berichten werden. Hr. Hoftheater-Direktor Lehner erhielt bei dieser festlichen Veranstaltung den Titel „Geheimer Hofrath“, die H. Dr. Dräger-Mantel und Pasqué wurden durch die goldene Verdienstmedaille ausgezeichnet. Heute und morgen finden noch Festvorstellungen statt.

— **In Hergisdorf, bei Gießen, sind etwa 20 Personen, welche Fleisch von einem trichinösen Schwein gegessen haben, schwer erkrankt.**

— **Göttingen, 6. Nov. (N. Br. Btg.)** Professor Pauli in Marburg wird als Lehrer der Geschichte für den verstorbenen Professor Havemann an die hiesige Universität berufen.

— **Kiel, 6. Nov. (Hamb. Kur.)** Von allen kirchlichen Gemeindevorstellungen, die in jüngster Zeit in den Herzogthümern gewählt worden, dürfte wohl diejenige in Neumünster die für solche Körperschaften befreundlichste Physiognomie haben. Dasselbe sind nämlich bei der am 31. Okt. abgehaltenen Wahl die von dem Kasselerischen Arbeiterverein aufgestellten Kandidaten in so großer Anzahl durchgegangen, daß sie entschieden die Majorität in der Gemeindevertretung haben, mithin auch Kirchenräthe ihrer Richtung wählen werden.

* **Berlin, 7. Nov.** Die vom Abg. Löwe (Calbe) zur Beratung der Entwaffnungsfrage einberufene Volksversammlung eröffnete um 11 Uhr Vormittags im Konzerthause. Es waren ungefähr 2000 Personen erschienen. Nach einer kurzen Ansprache des Vorsitzenden wurde zur Wahl des Bureau's geschritten, welche wegen fortwährend tumultuarischer Störungen durch zahlreich anwesende Mitglieder des Kasselerischen Arbeitervereins nicht zu Stande kommen konnte. Aus demselben Grunde gelangte die von Löwe beabsichtigte Resolution, welche besagte: An unserer Volksvertretung ist es, mit der Forderung auf Abriistung voranzugehen und den Parlamenten anderer Völker zuzurufen: „Wir wollen den Frieden; laßt uns gemeinsam wirken für den Frieden!“ nicht zur Verlesung. Die Versammlung wurde daher von dem Vorsitzenden Löwe geschlossen. Die zurückbleibenden Kasseler Arbeiter tagten unter dem Vorsitz des Sekretärs des Kasselerischen Arbeitervereins, E. B. E. weiter und nahmen nach langer lebhafter Debatte eine Resolution an, in welcher es heißt: „Die Abgeordneten der Fortschrittspartei haben durch die Agitation für eine theilweise Abrüstung, und zwar auf diplomatischem Wege, eine Halbheit begangen. Die Abgeordneten der Fortschrittspartei verdienen das Vertrauen der Arbeiterklasse wegen des erwähnten Vorgehens in der Abrüstungsfrage, sowie wegen ihrer Haltung in der Frage der direkten Wahlen nicht, sind vielmehr sammt der ihnen anhängenden Bourgeoisie auf's Entschiedenste zu bekämpfen.“ Die Versammlung, von Geistesgrößen geleitet, schloß um 2 Uhr.

* **Berlin, 8. Nov.** Zum Direktor der Polytechnischen Schule, welche in Aachen begründet werden soll, ist der Bauath v. Haven, der sich auf dem Gebiet der Ingenieurwissenschaften einen geschätzten Namen erworben hat, ernannt. Außer ihm sind bereits als Lehrer berufen: die H. Landorff und W. Müller von der Universität Bonn und Hr. Stahl Schmidt von der hiesigen Gewerbeakademie. Diese Berufungen waren schon jetzt notwendig, weil die umfangreichen Gebäulichkeiten des Instituts bereits vollendet sind, und es sich nunmehr um deren innere Einrichtung, sowie darum handelt, die Bibliothek zu sammeln, die chemischen und physikalischen Instrumente anzuschaffen, ferner alle die Vorbereitungen zu treffen, welche eine berufsmäßige wissenschaftliche und didaktische Sachkunde erfordern. Die Genannten sind mit Allem auch schon vollaus beschäftigt. Am 1. Okt. 1870 soll die neue Schule im ganzen Umfang eröffnet werden.

— Der verurtheilte v. Zastrow hat die Nichtigkeitsbeschwerde angemeldet. Wie die „Trib.“ erfährt, befindet er sich in einer Zelle mit dem jungen Otto Bickandt, der in der Domkirche das Attentat auf einen Geistlichen ausübte.

— Der Vulkan auf Santorin fährt noch immer fort, Feuer, Asche und Steine auszuspeien, nur der unterirdische Donner ist im Abnehmen, aber die Erhebung des Erdbodens unter dem See dauert noch immer fort. Es ist schade, daß kein Geolog seinen Wohnsitz auf jener Insel aufschlägt, um wissenschaftliche Beobachtungen anzustellen.

* **London, 7. Nov.** Alle Blätter widmen dem verewigten Menschenfreund Georg Peabody die wärmsten Nachrufe. Von kindlichen Anfängen hat er durch persönliche Thätigkeit, verbunden mit Glück, einen kolossalen Besitz errungen, von dem er — ein leuchtendes Vorbild für andere glückliche Sterbliche — den edelsten Gebrauch gemacht hat, sowohl in den Vereinigten Staaten, aus denen er stammt, als in England, seinem Adoptivvaterland.

Das erste Beispiel von Peabody's Freigebigkeit finden wir gelegentlich der Londoner Weltausstellung von 1851, wo er durch eine Schenkung von 3000 Pf. St. Sorge trug, daß die Ausstellungsgegenstände seiner Heimath eine geeignete und geordnete Aufstellung fanden. Von diesem Zeitpunkt folgten sich die Schenkungen des berühmten Philanthropen in rascher Folge; er glaubte, Reichthümer genug aufgehäuft zu haben, um das in seiner Jugend gethane Gelübde — falls er Glück im Geschäft habe, seinen Mitmenschen die Früchte seiner Arbeit zu Gute kommen zu lassen — auszuführen. Den Anfang in der langen Liste machte seine Vaterstadt Danvers, in welcher er mit einem Kostenaufwand von 25,000 Pf. St. eine öffentliche Bibliothek gründete. Als im nämlichen Jahre schwache Hoffnungsstürme begünstigt

des Schiffes Sir John Franklin's aufzuhalten, der amerikanische Kongress aber keine Miene machte, die nötigen Gelder zu bewilligen, streute er 10,000 Pfd. St. zu der Expedition bei, welche unter dem Kommando von Dr. Kane nach den arktischen Regionen abgesetzt, um nach dem vermissten Nordpolfahrer auszusuchen.

Das Jahr 1857 brachte abermals eine Geldkrise, während welcher nicht Wenige der amerikanischen Kaufleute in arge Verlegenheiten gerieten — Einige waren dem Sturze nahe —, aber der Kredit von George Peabody u. Comp. half ihnen durch Vorschüsse von fast sabelhaftem Betrage aus der Klemme. Im nämlichen Jahre besuchte Peabody nach fast 20jähriger Abwesenheit zum ersten Male wieder seine Heimath, und er feierte dieses Ereigniß durch eine Stiftung von 100,000 Pfd. St. zur Errichtung einer öffentlichen Bibliothek und einer Akademie für Wissenschaft und Kunst in Baltimore. Das Institut konnte erst nach Schluß des Bürgerkrieges eröffnet werden und erhielt bei dieser Gelegenheit von seinem Gründer eine abermalige Spende von 100,000 Pfd. St.

Seine größten Schenkungen sind die zu Gunsten der Armen Londons, welche 1852 mit einer Gabe von 150,000 Pfd. St. begannen, Anfangs 1866 um 100,000 Pfd. St. und Ende 1869 um weitere 100,000 Pfd. St. vermehrt wurden. Im Jahre 1866 lehrte er nach Amerika zurück, nachdem ihm die Altstadt von London das Ehrenbürgerrecht verliehen und die Königin ihr Porträt geschenkt hatte. Er ist ausnehmend freigebig, und hat die Wohlthaten seiner Gabe er ab, und ebenso das Anerkennen des Gemeinderathes der City, ihm ein öffentliches Abschiedsbankett zu veranstalten.

In seiner Heimath blieb er drei Jahre, während welcher Zeit er außer den oben erwähnten letzten 100,000 Pfd. St. für die Londoner Armen noch die folgenden Schenkungen machte: 2 Mill. Doll. für die Erziehung der weissen und der Neger-Bevölkerung des Südens; 300,000 Doll. für Schulen zur Aufzucht amerikanischer Alterthümer an den Universitäten Yale und Harvard, 50,000 Doll. für ein öffentliches Museum in Salem, 25,000 Doll. für Kenyon College und 250,000 Doll. für den Staat Maryland. Außerdem vermachte er 100,000 Doll. für Errichtung einer Kirche zum Andenken an seine Mutter und schenkte 2 Mill. Doll. den Mitgliedern seiner Familie. Demnach betragen seine sämmtlichen Schenkungen 2 Mill. Pfd. Sterl., oder über 13 Mill. Thlr.

Es ist unmöglich, den Nekrolog dieses Mannes zu schließen, ohne der Bescheidenheit Erwähnung zu thun, mit welcher er seine Sendung als Wohlthäter der Menschheit erfüllt hat. Stets hat er es vermieden, öffentlich den Dank für seine Gaben in Empfang zu nehmen, und nur ein einziges Mal hat er sich überreden lassen, sich vor einer größeren Versammlung zu zeigen, als er kurz vor seiner Rückkehr nach Amerika im Jahr 1866 am Schluß der Arbeiterausstellung in Guildhall die Preise ausreichte. Bei dieser Gelegenheit wurde er mit hoher Begeisterung empfangen und die Ceremonie gestaltete sich zu einer wahren Ovation. Im Andenken vieler wird der edle Menschenfreund noch lange fortleben.

Badische Chronik.

Karlsruhe, 9. Nov. Von den Kameralpraktikanten, welche sich im Oktober d. J. der Staatsprüfung unterzogen haben, sind nachfolgende acht unter die Zahl der Kameralpraktikanten aufgenommen worden:

- Adolf Buchenberger von Mosbach,
- Otto Hoffmann von Ettlin,
- Friedrich Albert Danner von Eppingen,
- Peter Bläß von Ladenburg,
- Karl Günbert von Waldshut,
- Jakob Gärkt von Eppingen,
- Hermann Belte von Böhrenbach,
- Albert Eberlein von Waisbad.

Karlsruhe, 9. Nov. Der hiesige Protestantenverein eröffnete am 6. d. seine Wintervorlesungen mit einem Vortrag des Hrn. Stadtpfarrer Zittel von hier. Derselbe war zum Berliner Protestantenkongress als Vertreter des hiesigen Vereins erwählt und berichtete über die Verhandlungen desselben und seine kirchliche Bedeutung. Der Redner verglich die von vornherein darauf, den Inhalt der in Berlin gehaltenen Reden wiederzugeben, da ja die Verhandlungen jetzt gedruckt vorliegen. Hiegegen stellte er, anknüpfend an den Namen Eisenach und Weimar, an denen die Rede nach Berlin vorbeiführte, den Gegensatz zwischen der Weltanschauung des 16. Jahrhunderts und der modernen Weltanschauung dar, deren Entstehung an Weimar und seine erlauchtesten Gestalten sich knüpft, ein Widerspruch, der bis in die Familien zwischen der Denkweise der Eltern und dem Katechismus der Kinder sich hineinziehe und den ein Volk auf die Dauer ohne an seinen höchsten Interessen Schaden zu leiden nicht ertragen könne. Der Name Berlin gab dem Redner Veranlassung, in einer nicht minder drastischen und anschaulichen Weise der kirchlichen Zustände Preussens und die dortigen Parteistellungen, wie sie namentlich durch die Reaktion der fünfziger Jahre und die romantischen Liebhabereien Friedrich Wilhelm IV herbeigeführt worden, zu schildern. Den Schluß bildete ein Blick in die Verhandlungen des Protestantenkongresses selbst, wobei eine treffende Charakteristik von zwei hervorragenden Ausschussmitgliedern, Professor Baumgarten aus Rostock und Hofprediger Schwarz gegeben wurde. Der Vortrag, der mit großem Interesse angehört wurde, war vorzüglich geeignet, in die kirchlichen Gegensätze einzuführen und über Ziel und Zweck des Protestantenkongresses Aufschluß zu geben.

Karlsruhe, 9. Nov. Heute früh fand man auf einem Acker beim Augarten die Leiche einer Frauensperson, als welche das Dienstmädchen Maria Staiger von Offenburg erkannt wurde. Dasselbe ist erst seit kurzer Zeit hier und diente in der Nähe des Augartens. Sie war gestern Abend noch frisch und gesund und hatte nach 8 Uhr das Haus ihrer Dienstherrschaft verlassen, ohne zurückzukehren. Sie soll später in Gesellschaft ihres Liebhabers, eines gewissen Jakob Banze von Barte im Elsaß, den sie in Straßburg kennen gelernt hatte, gesehen worden sein. Die sofort eingeleitete Untersuchung ergab bestimmte Anhaltspunkte dafür, daß das Mädchen erbrochelt wurde; sie befand sich in schwangerem Zustande. Der muthmaßliche Thäter Banze wurde heute Nachmittag verhaftet; derselbe ist vor einigen Wochen aus Straßburg desertirt und war hier als Knecht in Arbeit. Das Motiv der That ist noch nicht bekannt, und wird die Untersuchung das Weitere ergeben.

Heidelberg, 8. Nov. Auf gestern Nachmittag war ein gestern schon kurz erwähnt in die Räume der Harmonie eine Versammlung des nationalliberalen Bezirksvereins Hei-

delberg zusammenberufen, welche eine besondere Bedeutung dadurch erhielt, daß derselben die Vertreter der Bezirksvereine Sinheim, Eppingen, Wiesloch und Neckargemünd, sowie eine größere Anzahl Abgeordneter beiwohnten.

Zum Vorsitzenden wurde durch Akklamation Hr. Geh. Rath Bluntzli erwählt. Der Vorsitzende des Bezirksvereins, Hr. Dr. Blum von hier, machte hierauf eine Reihe geschäftlicher Mittheilungen. Auf Anregung des Hrn. Amtsraths Bedt (früher in Neckargemünd) wird der Beschluß gefaßt, auf Gründung von Bezirksvereinen und Bezeichnung von Vertrauensmännern in den einzelnen Landorten durch die Presse, besonders Flugblätter, auf dem Lande abzuhalten. Berathungen u. s. w. hinzuwirken.

Hierauf erhielt Hr. Abg. Kiefer, mit Beifall empfangen, das Wort. Derselbe entwickelte die Nothwendigkeit, das in Gang gekommene freisinnige Parteileben nach allen Seiten hin zu betätigen, und zeichnete in kräftigen Zügen die uns gegenüberstehende, mit demokratischer Macht sich brühende, in Wahrheit aber absolutistische und reaktionäre ultramontane Partei, welche außerdem eine antinationale sei und bleibe. Unsere Partei sei vor Allem eine nationale; keiner, an dessen nationalen Gesinnungen ein Zweifel bestehe, könne uns angehen. Es sei ein so notwendiger, dies zu betonen, und in diesem Sinne mit Ausdauer und Selbstverleugnung zu wirken, als unsere Ziele gewissermaßen rein geistige, vorerst nicht greifbare seien; die Gemüther erfüllen werden mit dem Bewußtsein der nationalen Zusammengehörigkeit, auf daß die inneren Schranken fallen und der nationale Gedanke über die Landesgrenzen hinausgreife, der künftigen staatlichen Einheit in den Gemüthern eine Stätte bereiten könne. Schon seien Schritte geschehen, um mit unsern württembergischen und bayrischen Nachbarn in engere Gemeinschaft zu treten, und vielleicht mit der Zeit eine einheitliche Parteithätigkeit über ganz Süddeutschland zu erstrecken. Aber auch mit dem Norden, mit der wackeren, unermüdet thätigen gleichgesinnten Partei daselbst müsse die geistige Verbindung erhalten und erweitert werden. Unser Bestreben müsse überhaupt dahin gerichtet sein, daß die Thatfache einer geistigen Einheit Deutschlands in's Gewicht falle und auch in den Kabinetten gleichsam Sitz und Stimme habe. Wohl dürfe man überzeugt sein, daß, so lange Graf Bismarck lebe, ein Mann mit scharfem Auge und fester Hand über den Geschicken Deutschlands wache und den rechten Augenblick zur Vollendung seines Werkes ergreifen werde. Bis dahin sei es nicht minder unsere Aufgabe, in Fortführung der freisinnlichen Reformarbeit nicht zu erlahmen und dem Namen einer liberalen Partei keine Schande zu machen. Es sei durchaus falsch, zu behaupten, wir seien dem Norden an Liberalismus so ungleich überlegen; die wirtschaftliche Gesetzgebung dort sei freier als die unsrige, eine Menge sonstiger gesetzgeberischer Fortschritte seien gemacht worden, die wir zum Theil einfach anzuemuliren hätten; um so weniger dürften wir zurückbleiben. Eine Reihe erfreulicher, den freisinnlichen Fortschritt bezweckender Regierungsvorlagen sei erfolgt, aber es gebe noch Manches zu thun. Die Reform der ersten Kammer sei Angesichts der veränderten Verhältnisse eine unabwendbare Forderung der Zeit. Was die zweite Kammer betreffe, so habe zwar sicherlich Niemand und die ultramontane Partei am wenigsten das Recht, an der anfrichtigen Freisinnigkeit der Kammermehrheit zu zweifeln wegen Festhaltung der indirekten Wahl, in welcher man eine jener Garantien ruhiger, gesicherter Entwicklung erblickt habe, wie sie einer rückwärtsgehenden staatsrechtlichen Partei gegenüber doppelt erforderlich seien; es handle sich hier nicht um eine Rechts-, sondern um eine Zweckmäßigkeitfrage, über die bei voller Uebereinstimmung im Wesentlichen doch unter Freunden Meinungsverschiedenheit bestehen könne. Aber es sei nöthig, daß die zweite Kammer sich in höherem Maße als Ausdruck und höchste Spitze des Volkswillens darstelle; daß jener frische Geist der ersten badischen Landtage wieder einkehre, welcher dem badischen Staatsleben jene edle, würdige Gepräge gegeben habe, dem Baden seine Hochachtung unter den Völkern verdankt. Eine kräftigere Erneuerung, ein regerer Verkehr mit dem Volke, eine Abkürzung der Landtagsperioden sei nothwendig. Wenn man dem badischen Volke vertraue, so werde in dessen unendlicher Mehrheit der Geist der Freiheit und des Fortschritts seine Macht bewahren. — Die vielfach von Beifall unterbrochene Rede rief am Schluß stürmischen Jubel hervor. Auf Ausforderung des Vorsitzenden erhob die Versammlung sich zum Zeichen der Anerkennung von ihren Sätzen. Hr. Kiefer dankte und wies in kräftigen Worten darauf hin, wie viel energischer das Parteileben in Norddeutschland sei als bei uns, und wie lebhaft es gefordert werden müsse, daß in dieser Hinsicht ein anderer Geist bei uns herrschend werde.

Hr. Schulze aus Karlsruhe sprach den Wunsch aus, daß die Parteithätigkeit nicht wie einst die des Nationalvereins nur eine einseitig politische, sondern eine das ganze öffentliche Leben umfassende sein müßte. Es müsse die Thätigkeit der einzelnen Vereine hierdurch erst Körper erhalten und im Volkleben Wurzel schlagen, und es müsse auf diese Weise der praktische Beweis geliefert werden, daß alle Bestrebungen des Fortschritts in unserm Parteiprogramm ihre naturgemäße Stütze haben. Wenn einerseits alle vernünftigen und zeitgemäßen Bestrebungen sich gleichsam unwillkürlich unserer Parteiichtung anschließen, wie dies z. B. mit den Arbeiter-Bildungsvereinen gemäßer Richtung trotz deren im Prinzip festgehaltener Parteithätigkeit thatsächlich der Fall sei, so erwache hieraus andererseits die Pflicht, auch auf alle diese Formen des öffentlichen Interesses die Parteithätigkeit zu erstrecken, und sich nach allen Seiten hin einer Zeit würdig zu machen, welche ihren Stolz darin setze, eine Zeit des Ringens und Kampfens zu sein.

Hr. Prof. Cantor besprach die Wünschbarkeit einer Gesamt-erneuerung der Kammer statt der jetzigen Partikularerneuerungen. Es gebe hierfür mancherlei sachliche Gründe, wie namentlich den, daß es bei einer Gesamt-erneuerung viel weniger leicht vorkommen könne, ein wichtiges Mitglied aus der Kammer verdrängt zu sehen, indem man sich da durch Doppelwahlen zuverlässiger Bezirke stets helfen könne. Sein Hauptgrund sei aber der, daß er den Gegnern keinen Vorwand lassen müßte, um ihre Verdächtigungen daran anzuknüpfen. Sie brächten allerdings diese Vorwände auf eine Weise in die Verhandlungen der Kammer, welche eine sehr bequeme sei; wenn Vorlage gemacht ist auf Abänderung des Wahlsystems zur zweiten Kammer, so verlangen sie Aufhebung der ersten, und wenn Aufhebung der Schwurgerichte beantragt ist, so verlangen sie Aufhebung der Sicherheitsparagrafen. Immerhin solle man dem Gegner solche Vorwände möglichst zu entziehen suchen.

Hr. Kiefer bemerkte, daß über diesen Gegenstand die liberale Kammermehrheit noch getheilte Meinung sei, daß aber in kürzester Zeit innerhalb der Praxion eine Abstimmung über denselben erfolgen solle.

Hr. Notar Sachs nimmt die Partikularerneuerungen in Schutz. Die Menge der Wahlen sei ohnehin schon eine so große und die Theilnahme häufig eine so heftigere, daß man den Wahlsapparat nicht ohne dringende Nothwendigkeit noch weiter vermehren solle. Auch für die Partikularerneuerung sprächen sachliche Gründe, und auch bei dieser werde es möglich sein, für Durchbringung der Partikularhändler Sorge zu tragen. Jedenfalls möge man diese Versammlung nicht über eine Sache, in welcher er dieselbe nicht für kompetent erachten könne, abstimmen lassen.

Hr. Prof. Wagenknecht glaubt annehmen zu dürfen, daß Vor-nahme einer Abstimmung nicht in der Absicht des Hrn. Vorsitzenden liege (wied bekräftigt). Sonst müßte auch er sich gegen eine solche erklären. Aber er sei nicht nur dagegen, daß unvorbereitete und daher werthlose Abstimmungen über einen Gegenstand erfolgten, sondern er strebe überhaupt den Wunsch aus, daß künftighin die zur Verhandlung kommenden Gegenstände vorher zur Kenntniß des Publikums gebracht würden, damit dasselbe sich einigermassen mit der betr. Frage vertraut machen könne.

Hr. Dr. Blum feststellte den Ausschluß. Es habe sich diesmal hauptsächlich um geschäftliche Mittheilungen und um Aufnahme der Vereinsfähigkeit gehandelt. In Zukunft werde es selbstverständlich an rechtzeitiger Bekanntmachung der Tagesordnung nicht fehlen. Redner glaubt als Mitglied der Gemeindebegehrenskommission noch gewissen Ausstellungen entgegenzutreten und darauf hinzuweisen zu sollen, daß diese Vorlage gerade deshalb nicht eine allumfassende sei, weil man an die Rechts- und Vermögensverhältnisse der Landgemeinden vorerst nicht habe rühren wollen.

Hiermit wurde die Verhandlung geschlossen und es begannen zahlreiche Neueingekommene in die Vereinslisten. Die Menge der Teilnehmer mochte 6- bis 800 betragen.

Heidelberg, 8. Nov. (N. B. L. Z.) In der gestrigen Versammlung einer großen Anzahl Bierbrauer des Landes wurde einstimmig die Abendung einer Petition an das Finanzministerium, sowie an die zweite Kammer beschlossen, um zu wirken, daß die im Dezember 1867 von 5 auf 7 kr. per Stange Kesselinhalt erhöhte Biersteuer wieder auf den früheren Satz von 5 kr. zurückgeführt werde. Mit der Abfassung und Uebergabe der Petition wurde das von der Brauerverammlung des ganzen Landes im Jahr 1867 in Offenburg erwählte Komitee betraut.

Vom Mittelrhein, 8. Nov. Die Weinlese in den Kreisen Offenburg und Baden ist nun vollkommen beendet. In quantitativer Hinsicht wurde gegen voriges Jahr durchschnittlich nur $\frac{1}{2}$ Herbst in weissem Wein und kaum $\frac{1}{2}$ in rothem Wein erzielt. Die Qualitäten sind im Allgemeinen ganz gut ausgefallen. Besonders vorzügliches erwartet man vom heurigen Rothwein, indem z. B. der Affenthaler 105 bis 110 Grad wog. Auch weißer Most hatte ein Gewicht von 90 bis 102 Grad. Im Amtsbereich Bühl sind, wie wir hören, schon ansehnliche Käufe im 68er abgeschlossen worden.

Von den bekannteren Weinorten daselbst erwähnen wir, daß Umwegen zu 33 fl. bis 35 fl., Barnhalt von 28 fl. bis 33 fl., Neuwieder zu 28 fl. bis 30 fl., Steinbach zu 26 fl. bis 28 fl. verkauft hat. Affenthaler Rothwein hat noch keine festen Preise. Bei dem Umstande, daß er noch nicht fertig und zur Zeit in den Gährfässern befindlich ist, dürften sich letztere erst später fixiren lassen. Der Affenthaler Most hat übrigens einige Vorräthe zu 50 fl. bis 55 fl. dem Vernehmen nach abgegeben.

Freiburg, 8. Nov. (Freib. Ztg.) In der am 6. d. M. stattgehabten Sitzung des Eisenbahn-Komitees Freiburg-Brissach sind die Unterhandlungen wegen Erbauung der Bahn durch Hrn. Professor Baummeister in Karlsruhe zu einem erfreulichen Abschlusse gediehen. — Bei der vorgestern stattgehabten Neuwahl des Kommandanten der Feuerwehre wurde Hr. B. Birkenmeier mit großer Stimmenmajorität wieder gewählt, indem von 235 Stimmen 195 auf denselben fielen.

X Thiengen, 8. Nov. Der Verein für gemeinnützige Interessen hielt gestern Nachmittag 3 Uhr eine allgemeine Versammlung im Gasthaus zur Krone. Eröffnet wurde dieselbe durch den Vorsitzenden, Hrn. Kreisgerichtsrath Bär. In seiner Rede macht er geschäftliche Mittheilungen über die Vereinsverwaltung und gebet den befriedigenden Erfolge der 5 bis 6 abgehaltenen Versammlungen in den verschiedenen Gegenden des Kreises Waldshut. Hr. Anwalt Mündel von Waldshut geht näher auf den Hauptgegenstand der Tagesordnung, das Stiftungswesen, ein. In höchstem Vorzuge erläutert er den Ursprung und die Natur der Stiftungen sowie das Recht des Staates in dieser Sache. Mit Citaten aus dem vor ihm liegenden Gesetzentwurf weist er die Grundlosigkeit der ultramontanen Einsprüche in dieser Angelegenheit nach. Der betreffende Gesetzentwurf schneide in dantenswerther Weise die auf diesem Gebiete entstandenen zahlreichen Prozesse ein für allemal ab, bei denen gerade die Stiftungen am schlechtesten wegkommen pflegten, insofern sie die Kosten bezahlen mußten. Die übrigen Gegenstände der Tagesordnung mußten wegen vorgerückter Zeit auf die nächste Versammlung verschoben werden. Hr. Anwalt Hauger verbreitete sich sodann über die Natur und Bedeutung ächter Bürgerthum und schloß mit einem Hoch auf das deutsche Bürgerthum, in welches die Versammlung begeistert einfiel.

Frankfurt, 9. Nov. Nachm. Westr. Kreditaktien 215, Staatsbahn-Aktien 359 $\frac{1}{2}$, Silberrente 56 $\frac{1}{2}$, 1860er Loose 76 $\frac{1}{4}$, Amerikaner 89 $\frac{1}{4}$.

Witterungsbeobachtungen der meteorologischen Centralstation Karlsruhe.

| 8. Nov. | Barometer. | Thermometer. | Feuchtigkeit in Procenten. | Wind. | Himmelm. | Witterung. |
|-------------|------------|--------------|----------------------------|-------|----------|----------------|
| Morg. 7 Uhr | 27 8,9 | + 4,8 | 0,64 | S.W. | gg. bed. | windig, frisch |
| Morg. 2 " | 27 6,9 | + 8,3 | 0,51 | " | " | Sturm, kühl |
| Morg. 9 " | 27 8,9 | + 6,8 | 0,63 | " | " | " |

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Herm. Roedenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag 11. Nov. 4. Quartal. 119. Abonnementsvorstellung. Die Hochzeit des Figaro, komische Oper in 2 Akten, von Mozart.

Theater in Baden.

Mittwoch 10. Nov. Ehre um Ehre, Schauspiel in 5 Akten, von Paul Heyse.

